

# Süddeutsche Zeitung

MÜNCHNER NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

## Das Streiflicht

(SZ) Ein Unwort ist ein Widerspruch in sich, weil es ja eigentlich das Gegenteil eines Wortes ist, also gar nicht existiert; wie man ja auch das Unsagbare nicht sagen kann oder darf. Daher passt es, dass nun die „Corona-Diktatur“ zum „Unwort des Jahres“ erhoben wurde, beschreibt sie doch etwas, was es gar nicht gibt, außer in den Köpfen unausgeglichener Mitmenschen, die fälschlich andere dafür verantwortlich machen, dass sie keiner leiden kann. Als zweites Unwort setzten sich die „Rückführungspatenschaften“ durch, die auch nichts sind als eine verbale Tarnkappe, um den Rauswurf abgelehnter Asylbewerber als Akt der Fürsorge hinzustellen.

Wesentlich realer wäre eine Wahl zum Unhold des Jahres. Dürften darüber die Münchner Umlandpolitiker entscheiden, stünde der Sieger von vornherein fest, und es wäre nicht Donald Trump, sondern der Ausflügler aus der Stadt und die nicht minder häufig in die Landkreise einfallende Ausflüglerin. Das ist es ja gerade, klagten die Zuständigen dort, diese Menschen kommen ja nicht allein, sondern in Scharen, ihre bösen Absichten tarnend durch Kinder, Pudelmützen und Schlitten. Glaubt man den Hilferufen vom Tegernsee und anderswo, gab es seit den plünderungsfreudigen Panduren des Freiherrn von der Trenck keine schlimmere Heimsuchung als die Wochenendbesucher aus München. Anstatt das Virus auf engstem Raum solidarisch in der Stadt unter sich zu verbreiten, rauben diese Leute Licht und Luft aus den Dörfern und stellen ihre SUVs dreist auf der Heimerde unseres Speckgürtels ab. Es brennt, oh heiliger Söderius, hilf! So schlimm ist es gekommen, dass man in Ohlstadt, wie in einem dramatischen Appell zu vernehmen war, gar eine Wiese als Parkplatz ausweisen musste. Zwar weiß man im Umland seit Jahrzehnten, dass das Melken von Kühen weit weniger einträglich ist als, rein finanziell betrachtet, das Melken zahlungskräftiger Besucher. Und das geht doch jetzt wegen Corona gar nicht, so bleibt doch fort! So rufen die Leut draußen.

Wartet nur. Wir Städter werden es euch heimzahlen durch beschämende Großherzigkeit. Wenn ihr Umlandpolitiker irgendwann wieder dürft und in die City fahrt, um einen neuen Designer-Trachtenanzug zu kaufen, zeigen wir euch, wie Gastfreundschaft geht. Gleich bei unserem Flughafen werden wir ein schönes Parkhaus für euch ausweisen; nur eine Stunde Sightseeingfahrt mit der S-Bahn durch die herrlichen Vororte, dann seid ihr am Ziel. In den Wirtschaftshäusern wird man euch mit jener Herzlichkeit begrüßen, für welche die Münchner Gastronomie berühmt ist. Aus Respekt vor euren kulturellen Traditionen werden sie euch in München das Geld mindestens ebenso tief aus der Tasche ziehen wie ihr uns sonst das unsere. Und kein Wort des Jammers wird über unsere Lippen kommen. Vergelt's Gott, werden wir sagen: Ihr seid jederzeit willkommen.

## HEUTE

**Die Seite Drei**  
Wie aus Syrien geflüchtete Jugendliche in Berlin zu den besten Schülern wurden ..... 3

**Meinung**  
Nicht nur in den USA steckt die Demokratie in einer tiefen Kommunikationskrise ..... 4

**Panorama**  
In Kalabrien beginnt der größte Mafia-Prozess der Geschichte ..... 8

**Wissen**  
Zum Insektensterben gibt es viele neue Erkenntnisse. Klar ist: Die Schuld trägt der Mensch ..... 13

**Medien**  
Antenne Bayern, der beliebteste private Radiosender, erlebt harte Zeiten ..... 27

TV-/Radioprogramm ..... 28  
Forum & Leserbrief ..... 22  
Rätsel & Schach ..... 18  
Traueranzeigen ..... 10



FOTOS: IMAGO, SHUTTERSTOCK, COLLAGE SZ

## Erzwungene Solidarität

Mit seinen Aussagen über eine Impfpflicht für Pflegekräfte hat Bayerns Ministerpräsident Markus Söder eine rege Debatte ausgelöst. Aber wie ist die Lage in den Heimen wirklich?

> Thema des Tages und Meinung

## Merkel spricht von längerem Lockdown

Die Kanzlerin warnt vor dem mutierten Virus, Besserung erwarte sie erst um Ostern. Die Wirtschaft kritisiert ausbleibende Hilfen der Bundesregierung scharf und sagt eine Pleitewelle voraus

VON CERSTIN GAMMELIN

**Berlin** – Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat vor der schnellen Ausbreitung hoch ansteckender, mutierter Coronaviren gewarnt und eine weitere Verlängerung des bestehenden Lockdowns in Aussicht gestellt. Es stünden „noch acht bis zehn harte Wochen bevor“, sagte sie nach Angaben von Teilnehmern einer Bundestagsarbeitsgruppe, bevor „ab Ostern vieles besser werden könnte“. Die Entwicklung in Irland habe gezeigt, wie schnell sich die neue Virusvariante ausbreiten könne. Dort habe es innerhalb kurzer Zeit eine Verzehnfachung der Infektionszahlen gegeben. Auch in London schnellten die Zahlen in die Höhe.

Das mutierte Virus ist auch in Deutschland immer öfter nachzuweisen. Bund und Länder prüfen deshalb, bereits vor dem bislang geplanten Termin am 25. Januar erneut gemeinsam über die Lage und striktere Maßnahmen zu beraten. Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus signalisierte vor einer Fraktionssitzung grundsätzliche Zustimmung. Es sei vorstellbar, bestehende Maßnahmen noch einmal zu verschärfen, sollte sich das mutierte Virus ausbreiten, sagte er.

Die Debatte über einen schärferen Lockdown wird auch in den Ländern geführt. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) sagte in Stuttgart, die Zahlen seien nicht so, dass man „ein großes Öffnungskonzert“ veranstalten könne. „Wenn es nicht gut kommt, müssen wir eventuell sogar noch mal verschärfen.“ Für die SPD warnte Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, „wir müssen uns zusätzlich Sorgen machen aufgrund der Nachrichten aus Großbritannien und Irland über ein mutiertes, viel infektiöseres Virus“. Vizekanzler und SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz wollte sich nicht fest-

legen, ob und wie der Lockdown in Deutschland über Januar hinaus verlängert werden könnte. „An dieser Stelle macht es keinen Sinn zu spekulieren“, sagte Scholz auf einer Veranstaltung.

Die bayerische Landesregierung beschloss am Dienstag eine FFP2-Maskenpflicht im Einzelhandel und im öffentlichen Nahverkehr, die von kommendem Montag an gelten soll. Während einfache Alltagsmasken zum Schutz anderer da sind, schützen FFP2-Masken auch den Träger selbst. Diese Pflicht stieß allerdings in anderen Ländern wie etwa Niedersachsen auf Ablehnung.

Unterdessen hat auch die Kritik an den Wirtschaftshilfen der Bundesregierung drastisch zugenommen. „Wer Zusagen macht, muss sich auch daran halten“, sagte Ingrid Hartges, Hauptgeschäftsführerin

des Bundesverbandes der Hotels und Gaststätten, der *Süddeutschen Zeitung*. Der Bund habe „schnelle, unbürokratische und großzügige Hilfen vor dem Lockdown am 2. November versprochen“, kritisierte sie. „Das Gegenteil von dem, was zugesagt wurde, ist eingetreten.“ Die Lage sei „mega unbefriedigend“, der Branche gehe die Luft aus, es sei „deprimierend anzuschauen, wie ganze Lebenswerke zerstört werden“. 3000 Unternehmen erwägen, den Betrieb aufzugeben. Auch andere Branchen warnen vor einer Pleitewelle.

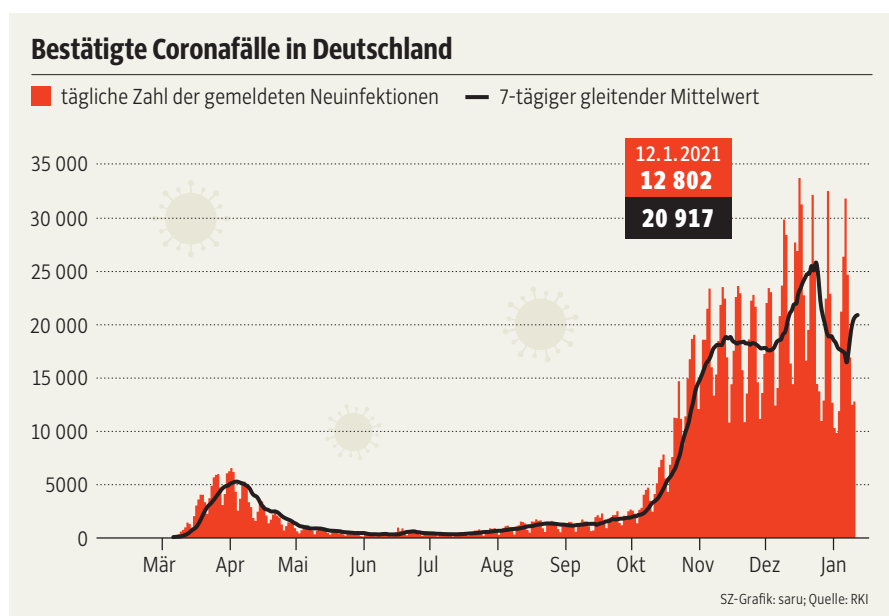
Anlass der heftigen Kritik ist die schleppende Auszahlung der Hilfen. Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) und Finanzminister Olaf Scholz hatten anlässlich der am 28. Oktober und 25. November wegen hoher Infektionszahlen vereinbarten Schließung von Hotels, Gaststätten, Ver-

staltungsorten, Sport- und Kosmetikstudios versprochen, schnell und unbürokratisch bis zu 75 Prozent des vergleichbaren Vorjahresumsatzes zu erstatten. Scholz hatte für November 15 Milliarden Euro an Hilfen eingeplant, für Dezember 17 Milliarden Euro. Hartges sagte, damals sei der Branche ein Sonderopfer abverlangt worden, damit die übrige Wirtschaft und Schulen geöffnet bleiben konnten.

Tatsächlich sind noch nicht mal zwei Milliarden Euro geflossen. Eine Sprecherin des Wirtschaftsministers gab am Dienstag an, dass gut 1,3 Milliarden Euro an Abschlägen für November und rund 643 Millionen Euro für Dezember gezahlt worden seien.

Die Opposition im Bundestag erhöhte den Druck auf die Minister. „Dass im zweiten Krisenjahr der überwältigende Teil der versprochenen Wirtschaftshilfen immer noch nicht ankommt, ist ein massives Versagen, das Wirtschaftsminister Altmaier und Finanzminister Scholz zu verantworten haben“, sagte Katrin Göring-Eckardt, Co-Fraktionschefin der Grünen, der SZ. Kurzfristige Härteurmaßnahmen hätten „das Vertrauen in den Staat und die Handlungsfähigkeit der Regierung schwer beschädigt“. Dietmar Bartsch, Co-Chef der Linksfraktion, kritisierte eine „wortgewaltige“ Rettungspolitik, die eigenen Ansprüche nicht gerecht werde, sie ziehe „manches Unternehmen wie Blei in die Insolvenz und hält es nicht über Wasser“.

Wirtschaftsminister Altmaier wies indes den Vorwurf zurück, er habe zu viel versprochen. So habe man erstmalig eine Online-Plattform „in kürzester Zeit aufgebaut“, sagte seine Sprecherin. Der Bund sei zudem in Vorleistung gegangen und habe „in einem großen Kraftakt“ Abschlagszahlungen hinbekommen. Ab sofort könnten „die Auszahlungen durch die Länder starten und umgesetzt werden.“ > Seite 4



Bestätigte Coronafälle in Deutschland. tägliche Zahl der gemeldeten Neuinfektionen (rot), 7-tägiger gleitender Mittelwert (schwarz). SZ-Infografik; Quelle: RKI

## Blick ins Schwarze

Fast wären in Europa vor einigen Tagen die Lichter ausgegangen

ist nur, dass vorübergehend zu wenig Strom im Netz war und dass die Ursache im Südosten Europas lag. Um 14.05 Uhr trennte der sich vom europäischen Stromnetz. Griechenland, Bulgarien, Rumänien, Kroatien, die Türkei, normalerweise über Leitungen an das kontinentaleuropäische Netz angebunden, gingen in den „Inselbetrieb“. In Frankreich und Italien mussten Großverbraucher ihre Abnahme drosseln, um das restliche Netz wieder zu stabilisieren. Bis 15.08 Uhr dauerte der Spuk. Die Insel wurde wieder an den Rest angeschlossen, „synchronisiert“, 20 Minuten später lief alles wie gehabt. Die Uhrenticken überall in Europa wieder gleich.

Der Winter, zumal mit einer Kältewelle im Südwesten, ist für Europas Stromnetz

immer eine besondere Herausforderung. In Frankreich etwa spielen Elektroheizungen immer noch eine große Rolle: Sinkt die Temperatur, steigt der Strombedarf. Erst vorigen Donnerstag bat Frankreichs Netzbetreiber RTE die Franzosen, ihren Stromverbrauch am Freitagvormittag zu drosseln: ein Dutzend Atomkraftwerke sind nicht am Netz. Und auch hierzulande sind die Wintermonate die Zeit der Engpässe: Die Tage sind kurz, die Sonne scheint selten. Bleibt dann auch noch der Wind aus, kann es eng werden. Normalerweise hilft in diesen Stunden der europäische Verbund: Denn im Grunde wirkt dieses Netz mit seinen vielen Maschen wie eine Rückversicherung – wenn alles funktioniert.

Und das hat es, jedenfalls aus Sicht der Netzbetreiber. „Nachdem sich das Netz entkoppelt hatte, haben unsere Prozesse und Koordinationsmaßnahmen wie geplant gegriffen“, sagt Hendrik Neumann, technischer Geschäftsführer beim Netzbetreiber Amprion. In seiner Leitwarte in Brauweiler bei Köln koordinierte Amprion quasi nach Drehbuch, wie sich die Takung in Europa wieder stabilisieren lässt. Dabei halfen auch jene Firmen in Frankreich und Italien, die 40 Minuten lang ihren Verbrauch drosselten – um eine Leistung, wie sie drei Großkraftwerke liefern. Für solche Eingriffe schließen Netzbetreiber vorab Verträge mit Firmen.

In Mitteleuropa hat von all den Interventionen niemand etwas mitbekommen. Ein Risiko für die Stromversorgung habe auch nicht bestanden, heißt es bei der Netzentagung. Alles ist noch einmal gut gegangen. Diesmal. MICHAEL BAUCHMÜLLER

## FBI befürchtet neue Gewalt

Trump-Anhänger planen laut Ermittlern bewaffneten Protest

**Washington** – Vor der Vereidigung von Joe Biden als neuem Präsidenten wappnen sich die USA gegen drohende landesweite Ausschreitungen. Das FBI verwies intern darauf, dass Planungen für bewaffnete Proteste in Washington und den Hauptstädten aller 50 Bundesstaaten liefen, wie aus Ermittlerkreisen zu vernehmen war. Die Bundespolizei warnte vor weiterer Gewalt von Anhängern des scheidenden Präsidenten Donald Trump vom Wochenende an bis zu Bidens Amtseinführung am 20. Januar. Biden zeigte sich jedoch unbeeindruckt: „Ich habe keine Angst, den Eid im Freien abzulegen“, sagte der Wahlsieger. In Washington werden zur Verstärkung der Sicherheitsvorkehrungen etwa 10 000 Nationalgardisten erwartet. 5000 weitere Soldaten könnten hinzugezogen werden, wenn die Behörden dies anfordern sollten, erklärte der Chef der Koordinationsstelle für die Nationalgarde der Bundesstaaten, General Daniel Hokanson. Am vergangenen Mittwoch hatten Trump-Anhänger das Kapitol in Washington gestürmt, als die Kongressmitglieder gerade dabei waren, Bidens Wahlsieg formell zu bestätigen. Fünf Menschen starben. Trump wird für die Vorgänge verantwortlich gemacht, weil er kurz vor den Ausschreitungen in einer Rede zum Marsch aufs Kapitol aufgerufen und über Wochen hinweg angeblichen Wahlbetrug angeprangert hatte. sz > Seite 7

## Rechnungshof mahnt Regeln für Fraktionen an

**Bonn** – Der Bundesrechnungshof hat das Fehlen klarer Regeln zur Verwendung der Millionenbeträge für die Bundestagsfraktionen kritisiert. Er fordert, zügig Rechtssicherheit zu schaffen. „In wichtigen Bereichen ist nicht geklärt, wofür genau die Fraktionen ihre Mittel verwenden dürfen“, heißt es in einem Bericht. Unklar sei insbesondere, wie eine zulässige Unterrichtung der Öffentlichkeit von unzulässiger Parteipromotion abzugrenzen sei. DPA > Seite 5

## Bevölkerungszahl stagniert

**Berlin** – Erstmals seit 2011 ist die Bevölkerungszahl in Deutschland nicht mehr gewachsen. Grund war vor allem, dass es weniger Zuwanderer gab, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Ende 2020 lebten nach einer ersten Schätzung fast unverändert 83,2 Millionen Menschen in der Bundesrepublik. Ein weiterer Grund seien mehr Sterbefälle, wohl auch infolge der Corona-Pandemie. Zudem gab es weniger Geburten. REUTERS > Seiten 4 und 5

## Baupreise steigen weiter

**München** – Bauen wird auch in den nächsten Jahren teurer. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) rechnet in seiner neuen Prognose für die Bauwirtschaft in Deutschland in diesem und im kommenden Jahr mit steigenden Baupreisen, wenn auch nicht mehr so stark wie in den Vorjahren. Vor allem der Wohnungsbau wird demnach weiter wachsen. Der Wunsch nach den eigenen vier Wänden sei „nach wie vor groß“. tō > Wirtschaft

<b>Dax</b> ▲	<b>Dow</b> ▲	<b>Euro</b> ▲
Xetra Schluss 13925 Punkte	N.Y. Schluss 31069 Punkte	22 Uhr 1,2203 US-\$
- 0,08%	+ 0,19%	+ 0,0054

## DAS WETTER

6° / -7°

Wolken und Sonne wechseln sich ab. Von Norden ziehen neue Schneeschauer auf, im Nordwesten regnet es. Gegen Abend regnet oder schneit es auch an der Saar, im Südwesten und in Schwaben. Minus drei bis plus sechs Grad. > Seite 14 und Bayern

Die SZ gibt es als App für Tablet und Smartphone: sz.de/zeitungssapp

Süddeutsche Zeitung GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München; Telefon 089/2183-0, Telefax -9777; redaktion@sueddeutsche.de; Anzeigen: Telefon 089/2183-1010 (Immobilien- und Mietmarkt), 089/2183-1020 (Motormarkt), 089/2183-1030 (Stellenmarkt, weitere Märkte), Abo-Service: Telefon 089/2183-80 80, www.sz.de/abo; A, B, F, GR, I, L, NL, SLO: € 3,70; drk: 29; kn: 30; SF: 4,90

